Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 5 512 000 Mk. Unter Streifbd. in Polen montl. 9 000 000 Mk., Danzig 2,5 Guld. Deutschl. 2,5 Rmk. Einzelnummer 300 000 Mk., Sonntags u. Feiertags 350 000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörg., Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 200 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 bz. 75 Dz.Pf. Deutschland 15 bzw. 75 Goldpfg., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 38. Bromberg, Freitag den 15. Februar 1924. 48. Jahrg.

Polens Außenpolitik.

Graf Zamoyzkis Exposé.

Warschau, 14. Februar. (PAT.) Der Außenminister Graf Zamoyski erstattete in der gestrigen Sitzung der Kommission für auswärtige Fragen sein Exposé, in dem es u. a. heißt:

„Sie werden verstehen, daß ich nicht davon sprechen kann, was ich geleistet habe, da ich erst seit einigen Tagen die Amtsgeschäfte übernommen habe und keine Zeit hatte, viel zu machen. Ich werde mich also darauf beschränken müssen, Ihre Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Momente der internationalen Politik zu lenken, und Sie über den Standpunkt zu informieren, den ich zu dieser Politik einnehme, wobei ich aus Rücksichten, die Sie zweifellos verstehen werden, mich auf Einzelheiten nicht einlassen werde.

Von unserem Gesichtspunkt gehört zu den wichtigsten Ereignissen in Europa die sich gegenwärtig vollziehende Änderung des bisherigen Standpunktes der europäischen Staaten gegenüber dem Verbande der sowjetistischen Republiken. Diese Änderung fand bekanntlich ihren Ausdruck in der Anerkennung der Sowjets de jure durch England und Italien und in dem Abschluß des italienisch-russischen Traktats. Die Frage der Wahl desselben Weges wird auch durch eine Reihe anderer Staaten erwogen. Die Folge davon wird sein, daß der Verband der sowjetistischen Republiken in normale Beziehungen zu den Staaten Westeuropas tritt, was, wie ich hoffe, die Garantie der Friedenspolitik unseres östlichen Nachbarn stärken wird. Mit der Anerkennung de jure hängt auch die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Rußland und den anderen Staaten zusammen, und es ist unsere Absicht, an dieser Entwickelung ebenfalls teilzunehmen. Von dieser Absicht geleitet, legte die Regierung in den Instruktionen für den neuen Gesandten Darowski Nachdruck auf seine Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet, die parallel zu seiner politischen Tätigkeit stehen werden. Die Grundlage unseres Verhältnisses zum Verbande der sowjetistischen Republiken ist allerdings der Rigaer Vertrag, zu dessen Innehaltung wir in vollem Umfange hinsteuern werden.

Auf unseren westlichen Nachbarn übergehennd, will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die heute alle interessierende Frage der Finanzsanierung **Deutschlands** und der Lösung des Reparationsproblems lenken. In allernächster Zeit mußte es sich zeigen, ob es der deutschen Regierung gelingen wird, auf die Dauer die Finanzsanierung zu meistern und diese Sanierung durchzuführen, oder ob Deutschland eine weitere Verschlechterung in dieser Hinsicht droht, was zur Folge hätte, daß die ernsten inneren Verwicklungen, deren Zeugen wir im vergangenen Herbst waren, wieder zurückkehren. Leider geben uns die Stimmungen in Deutschland immer noch nicht die Gewißheit, ob dieser Staat den Weg einer friedlichen Entwicklung auf dem Boden des bestehenden Tatbestandes wählen wird, und dieser Umstand weist auf die Notwendigkeit hin, den Kontakt mit den Staaten zu erhalten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, über die Erhaltung des Friedens und die Rückkehr eines normalen Zusammenlebens der Völke auf dem europäischen Kontinent zu wachen.

Mit Rücksicht darauf ist das **Abkommen** zwischen **Frankreich** und der **Tschechoslowakei** mit Befriedigung zu begrüßen. Die letzte Äußerung des Herrn Benesch in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten gestattet uns die Hoffnung auf einen Fortschritt in der Entwicklung unserer Beziehungen zur tschechoslowakischen Republik, und ich halte es für eine sehr wichtige Aufgabe, nach dieser Richtung hin zu arbeiten. Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen beiderseits die Hindernisse beseitigt werden könnten, die der Verständigung entgegenstehen. Es ist nur nötig, daß weder hier noch dort dieser unversöhnliche Geist in nachbarlichen Zwistigkeiten in die Erscheinung tritt, um die Fähigkeit zu beweisen zur Opferung kleinerer Sachen für größere. Dann wird die Frage der polnischen Bevölkerung in den Grenzen der tschechoslowakischen Republik auf andere Bahnen gelenkt werden, und die geringen territorialen Fragen werden nicht einen so scharfen Charakter behalten. Es ist zu erwarten, daß die **Jaworzyna-Frage**, die sich gegenwärtig in der Delimitationskommission befindet, binnen kurzem gelöst werden wird. Welche Wendung diese Angelegenheit auch nehmen mag, mit dem Augenblick der endgültigen Entscheidung kann diese Frage weiterhin keine Rolle im Verhältnis zwischen beiden Staaten spielen.

Unvergleichbar wichtig ist die **Memelfrage**, die eine hervorragende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates hat. Heute kann ich über diese Frage nichts neues referieren. Der Delegierte des Völkerbundsrats Norman Davis befindet sich gegenwärtig an Ort und Stelle, um die Angelegenheit zu prüfen. Der Standpunkt unserer Regierung wurde von meinen Vorgängern eng umschrieben, und hier habe ich nichts hinzuzufügen. Für diesen Standpunkt sprechen nicht allein besondere Rücksichten, die sich aus den Interessen unseres Staates ergeben, sondern auch allgemeine Gründe, im besonderen die Notwendigkeit der Festlegung der Bedingungen zum wirtschaftlichen Zusammenleben der Völker Europas und normaler friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß das Vorgehen der **litauischen Regierung** und ihre Auslassungen neuesten Datums darauf hinweisen, daß auf jener Seite bisher ein Verständnis dieser Rücksichten nicht besteht. Der Völkerbund, welcher der Botschafterkonferenz die Realisierung dieser Angelegenheit überwies, und der es sich gerade zur Aufgabe gemacht hat, den Frieden in Europa auf dem Boden eines wirtschaftlichen Zusammenlebens der Völker zu festigen, betrachtet es als seine Aufgabe, die Angelegenheit zu Ende zu führen. Ich habe die Hoffnung, daß dies ohne Benachteiligung irgendwelcher Interessen, ohne Schaden für die allgemeine Lage Europas und für die Aufrechterhaltung der Autorität der Liga selbst geschehen wird.

Zu der Frage der **Finanzsanierung in Deutschland**, die ich vorher erwähnte, zurückkehrend, betone ich, daß diese eng verbunden ist mit dem **Reparationsproblem**, das eine so große Bedeutung für unseren Bundesgenossen im Westen hat, und eine der größten Sorgen seiner Politik bildet. Diese Frage, sowohl als auch die **Frage der Sicherheit Frankreichs und des Friedens Europas**, die seit langer Zeit den hauptsächlichsten Gegenstand der politischen Diskussion zwischen den Regierungen **Frankreichs** und **Großbritanniens** bilden, treten heute in eine neue Phase durch die Regierungsänderung in England. Es liegt **kein Grund** zu der Annahme vor, daß die **Regierung der Labour-Party** mit **Ramsay Macdonald** an der Spitze **bedeutend von der bisherigen Linie der englischen Politik abweichen wird**. Nach der Erklärung des neuen Ministerpräsidenten Großbritanniens ist zu erwarten, daß eine Verständigung zwischen den beiden Staaten auf dem Boden der **Berücksichtigung der berechtigten Forderungen** der Partei, die am meisten daran interessiert ist, d. h. **Frankreichs**, zur Beruhigung und Befriedigung aller zustande kommen wird, denen die Erhaltung des Friedens in Europa teuer ist.

Bei Beginn meiner Amtstätigkeit werde ich Gastgeber sein auf der **Konferenz der baltischen Staaten**, die in Warschau am 15. d. M. zusammentritt. Diese Konferenz ist keine außergewöhnliche Zusammenkunft, die durch dringende Bedürfnisse des gegenwärtigen Augenblicks einberufen wird, sondern lediglich eine periodische Begegnung der Außenminister der Staaten, die in Anbetracht vieler gemeinsamer sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Interessen die Erhaltung und Festigung der gegenseitigen Beziehungen anstreben und über die Fragen des Augenblicks beraten werden. Ich lege Nachdruck darauf, daß es sich hier nicht um eine Verständigung handelt, die gegen irgend jemand gerichtet ist, sondern um eine nützliche Arbeit an der Entwickelung unserer Länder auf friedlichem Boden.

Ich glaube, daß ich das nächste Mal Sie über die Ergebnisse der Konferenz werde informieren können, mit deren Vorbereitung ich heute beschäftigt bin.

*

Wie die Blätter melden, wird als **Ergebnis der baltischen Konferenz** der Abschluß eines **Schiedsgerichtsvertrages** zwischen den vier Oststaaten erwartet. Die Konferenz soll vom 15. bis einschließlich Sonntag, 17., dauern.

Graf Zamoyski für eine Friedenspolitik.

Der neuernannte polnische Minister des **Außeren**, Graf Moritz **Zamoyski**, gewährte in **Wien** auf seiner Durchreise von Paris nach Warschau einem Vertreter der Wiener „Neuen Fr. Pr." eine Unterredung, in der der Minister zunächst für das junge Freundschaftsverhältnis zwischen Polen und Deutsch-Österreich, wie auch über das Sanierungswerk des österreichischen Bundeskanzlers Seipel anerkennende Worte fand. Dann fuhr der Graf fort:

„Die Herstellung beziehungsweise Festigung und Ausgestaltung möglichst **guter Beziehungen zu allen Staaten** wird meine erste und vornehmste Aufgabe sein und **die oberste Richtlinie meiner Außenpolitik** bilden. Ich komme hierbei auf einen gut vorbereiteten Boden. Wir haben bereits durch den Abschluß einer ganzen Reihe von Verträgen die friedlichen Tendenzen unserer Außenpolitik sowie unsere Bereitschaft bezeugt, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch den Krieg heimgesuchten Welt tätigst mitzuwirkn. Es heißt nun, zu festigen, was schon glücklich besteht, und weiter zu bauen, dort, wo unser noch Arbeit harrt.

Ich brauche hierbei nicht zu betonen, daß Friedenspolitik meiner Ansicht nach sich heutzutage auf eine vernünftige Wirtschaftspolitik stützen muß. Selten bringt etwas Menschen und Nationen einander näher als der Warenaustausch. Der Handelsagent und der Kaufmann werden dadurch zum Bindeglied und in speziellem Sinne zum Friedensstifter zwischen den Staaten. Polen war seit Jahrhunderten dank seiner geographischen Lage das Bindeglied zwischen dem Westen und Osten. Polens Außenpolitik ist auch jetzt darauf gerichtet,

eine tragfähige Brücke zwischen dem Westen und dem Osten

zu werden. Die Pfeiler dieser Brücke sind Friede und Wirtschaft. Ich werde meinen Ehrgeiz darein setzen, an der Festigung dieser Pfeiler mitzuwirken. Gelingt mir dies, dann werde ich meine Aufgabe als vollkommen erfüllt betrachten.

*

Auch ein Vertreter der Wiener „**Reichspost**" hatte Gelegenheit, unseren neuen Außenminister über seine politischen Anschauungen zu befragen. **Graf Zamoyski** äußerte sich wie folgt:

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß an irgend eine wesentliche Änderung der gegenwärtigen Richtungen unserer Außenpolitik nicht gedacht wird, weil ja die Stabilisierung dieser Politik längst zu einer wichtigen Tatsache geworden ist, mit der in allen maßgebenden politischen Kreisen Europas gerechnet wird. Auf der fester Grundlage unserer Allianzen mit Frankreich und Rumänien und des **freundschaftlichen Verhältnisses zu allen Nachbarstaaten**, widmet sich jetzt Polen mit allen Kräften seiner finanziellen Sanierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Es ist fest entschlossen, seiner bisherigen Rolle als **wichtigster Friedensaktor im Osten Europas** treu zu bleiben und sich von **jeder unklaren Politik fernzuhalten**.

Eröffnung der Genfer Verhandlungen.

Genf, 13. Februar. (PAT.) Die gestrige **erste Sitzung der polnisch-deutschen Konferenz**, die sich mit den Fragen befassen soll, die sich aus den Art. 3 und 4 des Traktats über die nationalen Minderheiten ergeben, wurde durch den Vorsitzenden der Konferenz, den Vertreter Brasiliens im Völkerbundrat, **Souza Dantas** eröffnet. In einer Ansprache begrüßte der Vorsitzende die Delegationen beider Parteien und gab der **Hoffnung** Ausdruck, daß die Verhandlungen **ein günstiges Ergebnis** zeitigen mögen.

Mark und Dollar am 14. Februar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 9 500 000 p. M.
1 Dollar = 4,2 Billionen d. M.
1 Million p. M. = 0,632 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 9 350 000 p. M.
1 Danz. Gulden = 1 634 000 p. M.

Gefahr im Verzug!

Ein neuer Angriff gegen den Minderheitenschutzvertrag.

Dem Sejm ist folgender Antrag des Abgeordneten Maximilian **Malinowski** und anderen von der **Wyzwolenie** und Jednosci Ludowej (Völkische Einheitspartei = **Dąbski-Gruppe**) zugegangen:

„**Die Regierung wird ersucht**, im Laufe eines Monats dem Sejm eine **Vorlage** zu unterbreiten zur Liquidierung der Angelegenheit **aller deutscher Rentengrundstücke im ehemals preußischen Teilgebiet** im Sinne nachstehender Forderung:

1. Unter Rückgabe der eingezahlten Renten denjenigen Landbesitz zu **liquidieren**, der von **deutschstämmigen Elementen**, die hier künstlich und in ausschließlich politischer antipolnischer Tendenz, angesiedelt wurden, besetzt ist;

2. in Übereinstimmung mit dem Interesse des Staates und des polnischen Volkes auf dem Rechtswege alle Interessen der **Bauernbank, Mittelstandskasse** usw. zu liquidieren;

3. im Wege der Gesetzgebung alle Abreden von preußischen amtlichen, halbamtlichen und auch privaten (**Kreditanstalt** u. dgl.) Anstalten für ungültig zu erklären, die in germanisatorischen und antipolnischen Tendenzen begründet wurden;

4. daß rund 23 000 **Rentenansiedler** und rund 12 000 durch die oben erwähnten Banken und Kassen **regulierte Besitzer** an den polnischen Staatsschatz den Unterschied zwischen den niedrigen Rentenbeträgen und einem zeitgemäßen Pachtschilling zahlen;

5. daß die erwähnten ländlichen Grundstücke einbezogen werden in die Kategorie der dem **Gesetz über die Landreform** unterliegenden Grundstücke, und daß sie in erster Linie für diejenigen **Polen** im ehem. preuß. Teilgebiet bestimmt werden, die Berufslandwirte sind und eine Arbeitsstelle nicht besitzen oder die seinerzeit das Land haben verlassen müssen, damit es das deutsche Element unter vermittelnder Beteiligung der preußischen Regierung und des preußischen Staatsschatzes einnahm (das ist nicht vorgekommen! D. Red.);

6. daß ungefähr 150 **gewerbliche Genossenschaften** verschiedener Art, die mit der **Landwirtschaft** verbunden sind (Brennereien, Kartoffelflockenanlagen, Brauereien, Molkereien, Ziegeleien usw.), die gleichfalls vorwiegend nach dem Rentenrecht, also mit Mitteln des preußischen Staatsschatzes und in germanisatorischen Tendenzen geschaffen wurden und an Deutsche übergeben wurden, sie nicht an Polen weiter zu veräußern und nicht einmal zu den einfachsten Arbeiten Polen heranziehen (das Verb fehlt, es soll wohl heißen „zu liquidieren").

*

Das oben wiedergegebene „Toleranzedikt" der **linksradikalen** Wyzwolenie- und Dąbskigruppe hätte ebensogut in den Dunkelkammern der Chjena und der Okazisten entwickelt werden können.

Es handelt sich bei diesem Antrag allein darum, die **ausgesprochen deutschfeindlichen Bestimmungen** des letzten gescheiterten **Agrargesetzentwurfes** gesondert durch eine **polnische Mehrheit** Gesetz werden zu lassen. Daß allein der Landhunger diesen Antrag Malinowski diktiert hat, der eine Attacke gegen die Verfassung und die internationalen Verträge bedeutet, möchten wir bezweifeln. Der vor kurzem von den keineswegs deutschfreundlichen Piasten eingebrachte Antrag wegen der Aufteilung gewisser Domänen im ehemals preußischen Teilgebiet zeigt für die Lösung dieses dringenden Problems gangbarere Wege. Außerdem ist allgemein bekannt, daß dem verdrängten deutschen Landwirt keineswegs immer Berufslandwirte zu folgen pflegen.

Sollte der Antrag Malinowski sein Ziel erreichen, so würde der Minderheitenschutzvertrag, der unter der Garantie des Völkerbundes steht, von der **Polnischen Regierung** aber **unterzeichnet** und zum innerpolnischen Gesetz erklärt wurde, in folgenden Artikeln verletzt werden:

Art. 1: „Polen verpflichtet sich, daß die in Art. 2—8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als fundamentale Gesetze anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und öffentliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung ihnen zuwiderlaufen darf."

Art. 8: „Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen **die gleiche Behandlung und die gleichen Rechte und tatsächlichen Garantien**, wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. . . ."

Zu dieser Bestimmung des Minderheitenschutzvertrages erklärte der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag in seinem Gutachten über die Ansiedlerfrage vom 10. September 1923 einstimmig was folgt:

„Art. 8 des Vertrages verbürgt den völkischen Minderheiten dieselbe Behandlung und dieselben „rechtlichen und tatsächlichen“ Sicherheiten, wie sie die anderen polnischen Staatsangehörigen genießen. Die Tatsache, daß in dem Text eines Gesetzes (damals handelte es sich um das Gesetz vom 14. Juli 1920 — D. Red.) keine Sonderbehandlung eines Volkstums zum Ausdruck gebracht ist, und daß das Gesetz in einigen Einzelfällen auch auf nichtdeutsche polnische Staatsangehörige anwendbar ist, die ihre Güter von deutschstämmigen Ansiedlern erworben haben, ist ohne wesentliche Bedeutung. Art. 8 ist gerade für solche Klagen wie vorliegende bestimmt. **Es muß — hinaus über eine deutliche rechtliche Gleichheit in dem Sinne, daß die Worte des Gesetzes vermeiden, eine unterschiedliche Behandlung aufzustellen —, tatsächliche Gleichheit bestehen. . . .**“

„Die Durchführung des Gesetzes (vom 14. Juli 1920) würde bewirken, daß das vernichtet wird, was früher geschaffen wurde, nämlich insofern, als das an die Ansiedler gestellte Verlangen, ihr Heim zu verlassen, eine Entdeutschung zur Folge haben würde. Eine solche Maßnahme ist aber, obwohl sie begreiflich sein mag, gerade das, was der Minderheitenschutzvertrag seiner Absicht nach verhüten sollte. Die Absicht des Vertrages war zweifellos, eine gefährliche Quelle von Bedrückungen, Beschuldigungen und Konflikten zu beseitigen, zu verhindern, daß Rassen- und Glaubenshaß sich ausbreiten, sowie die bei seinem Abschluß erworbene Rechtslage dadurch zu schützen, daß er die in diesem Zeitpunkt vorhandenen Minderheiten unter den unparteilichen Schutz des Völkerbundes stellte . . .“

„Der Hauptzweck des Minderheitenschutzvertrages ist, die Achtung vor den Rechten der Minderheiten zu sichern und zu verhindern, daß irgend eine Maßnahme der Polnischen Regierung sie irgendwie unterschiedlich behandelt. Es ist ohne Bedeutung, ob die Rechte, deren Verletzung behauptet wird, aus einer gesetzgeberischen, gerichtlichen oder Verwaltungsmaßnahme oder aus einer internationalen Verpflichtung hergeleitet werden . . .“

Der höchste Gerichtshof der Welt hat über den Antrag Malinowski den Stab gebrochen. Wir brauchen diesem Urteilsspruch nichts mehr hinzuzusetzen.

*

Macdonald und die nationalen Minderheiten in Polen.

Die Lodzer „Fr. Presse“ erfährt aus Warschau: „In der letzten Sitzung der Budgetkommission ergriff während der Generaldebatte über das Budget des Außenministeriums der bisherige Leiter desselben, Dr. Bertoni, das Wort der einen Teil seiner Ausführungen dem Verhältnis Polens zur neuen englischen Regierung widmete. Bei dieser Gelegenheit las er einen Bericht des polnischen Gesandten in London, Skirmunt, vor, der darin ausführt, daß man eine Reihe für Polen ungünstiger (?) Maßnahmen seitens der englischen Arbeiterregierung zu erwarten habe. Macdonald soll nämlich in nächster Zeit eine energische Aktion in Sachen der **völkischen Minderheiten in Polen** einleiten. Außerdem werde eine englische Demarche in Sachen des Autonomiestatuts für Ostgalizien befürchtet.“

Hilton Young über die finanzielle Lage Polens.

Warschau, 14. Februar. (PAT.) Das von Hilton Young dem Ministerpräsidenten und Finanzminister Wladyslaw Grabski vorgelegte Memorial über die finanzielle Lage Polens enthält folgende Angaben:

1. Die allgemeinen Bedingungen der Finanzlage.

Die allgemeinen finanziellen Schwierigkeiten Polens ergeben sich aus der Vernichtung und Desorganisierung des Landes durch den Krieg, sowie aus der Teilung Polens in der Zeit der Unselbständigkeit in drei Teile. Ein gutes Funktionieren des Finanzsystems hängt von drei Faktoren ab: Die Gewöhnung der Bevölkerung an das Steuersystem, das Verantwortlichkeitsgefühl in der Allgemeinheit gegenüber dem Staatsschatz, Erfahrung und Vorbereitung der Finanzbeamten. Polen besitzt günstige Bedingungen für die Behebung der finanziellen Not, natürliche Reichtümer, den Reichtum der organisierten Industrie und den Reichtum, der im Charakter des arbeitsamen und fähigen Volkes steckt. Außerdem hat Polen eine geringe Staatsschuld und keine Entschädigungen zu leisten. Die gegenwärtigen nachteiligen Erscheinungen der augenblicklichen Finanzbedingungen sind eine Folge davon, daß Polen Geldmangel im Lande hat, Mangel an Kredit und Mangel an Vertrauen zur Mark, und dies ist die moralische Konsequenz zur Wendung von einer rationellen Produktion zur Spekulation.

2. Die Ursachen des gegenwärtigen Standes.

Die Quelle des Bösen ist die Inflation, ferner der übermäßige Druck von Papiergeld, der zur Vermeidung einer Katastrophe nicht länger dauern darf.

3. Mittel zur Besserung.

Die Inflation ist das Ergebnis des Budgetdefizits. Ein Heilmittel dafür ist die Beseitigung der Defizits durch Vermehrung der Einnahmen aus Steuern, durch Erlangung von Geld mit Hilfe von Anleihen, sowie durch die **Verringerung von Ausgaben, die das wirksamste Mittel dieser drei Arten sein dürfte.** Alle diese Mittel müssen gleichzeitig angewandt werden. Der erste Platz gebührt der Verringerung der Ausgaben, der zweite den Anleihen und der dritte der Vermehrung der Einnahmen. Ein gesundes Geld muß eingeführt werden. Die Einführung einer neuen Valuta ist so lange nicht ratsam, bis Polen kein Defizit mehr haben wird. Die Münzreform muß sofort gelingen. Die Regierung muß also mit dem neuen Gelde bis zur Beseitigung der Inflation warten. Die Einmütigkeit, mit der die außerordentlichen Vollmachten beschlossen wurden, legt ein rühmliches Zeugnis von dem Patriotismus des polnischen Volkes ab, dessen Augenmerk darauf gerichtet ist, dem finanziellen Übel ein Ende zu bereiten.

Die Frage der Reduzierung der Ausgaben für die Armee kann durch Staatsmänner des betreffenden Landes entschieden werden. Das Eisenbahnsystem muß einige Zeit hindurch im gegenwärtigen Stande der Entwickelung beibehalten werden, wobei die Tarife erhöht und die freien Fahrten aufgehoben werden müssen. Der Staat müßte behalten: Post und Telegraph, die Staatsdruckereien und die Munitionsbetriebe, verpachten oder verkaufen müßte er Fabriken, Anteile des Staates an industriellen Unternehmungen und ähnliches mehr.

Das Statut der Geldbank ist auf gesunden Grundlagen aufgebaut. Der Staat sollte sich an dem Kapital der Bank nicht beteiligen. Die Subskription muß in bar bewirkt werden. **Der Staat darf von der Bank keine Kredite erlangen.** Der Übergang zur neuen Valuta muß vorsichtig unter gleichzeitiger Balancierung des Budgets vor sich gehen. Anleihen müßte die Regierung aufnehmen, soweit sie nur kann. Innere Anleihen sind besser als äußere, da sie das Geld nicht aus dem Lande herausziehen. Sie müssen sich stützen auf Gold und für kurze Frist gegen hohe Verzinsung aufgenommen werden. Eine Auslandsanleihe kann Polen aufnehmen, nachdem es sich mit eigenen Kräften aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausgearbeitet hat. Nach Durchführung der Finanzreform sollte Polen nicht zögern, Auslandsanleihen aufzunehmen, und diese z. B. durch die Einnahmen der Eisenbahn sicherstellen. Durch fremde Kapitalien müßte Polen seine finanzielle Position stärken, den Kurs der Valuta festigen und Vorräte für den Wiederaufbau erlangen, jedoch erst nach der Sanierung der Verhältnisse.

Dmowskis russophile Politik.

Zu dem sensationellen Zeugenverhör des nationaldemokratischen Führers Roman Dmowski im Wasilewski-Lednicki-Prozeß wird der „Deutschen Allgem. Zeitg.“ u. a. geschrieben:

Herr Dmowski folgert aus seiner Zeugenaussage, er habe eigentlich die Unabhängigkeit Polens, wie sie heute besteht, in Versailles geschaffen, er dürfe also nicht als russenfreundlich angesehen werden. Es ist natürlich niemandem nachzuweisen, welche Gefühle er gehegt hat. Man kann nur Taten verzeichnen und vermuten, daß sie den Gesinnungen entsprechen. Und da ist es vielen bekannt, daß die Polen den ganzen Krieg hindurch eigentlich drei Richtungen verfolgten. Pilsudski war reiner Pole und nichts als das. Er kämpfte mit seinen Legionen zwar im Verbande der Mittelmächte gegen Rußland, aber man kann nicht sagen, daß er sich zentralmächtefreundlich oder auch nur austrophil gegeben hätte. Seinen Russenhaß zeigte er jedoch jederzeit und er ist zeitlebens antirussischer Revolutionär gewesen. Er behält diese Haltung auch jetzt bei, und nur seine ungeheure Volkstümlichkeit hat die frühere Regierung Witos verhindert, ihn zu verhaften.

In der Schweiz, die ja während des Krieges der Brennpunkt aller Propaganda war, hatten die den Mittelmächten zuneigenden Polen eine Art Gesandtschaft unter Führung des Grafen Rostworowski in Bern etabliert, während eine frankophile Gesandtschaft unter Führung des Herrn v. Modzilewski in Fribourg, dem schweizerischen Rom, sich niederließ. In Lausanne wirkte die bekannte „Agence polonaise centrale“ unter Leitung Marijan Seydas, und Erasmus Piltz befand sich ebenfalls daselbst. Unter allerlei wissenschaftlichen Deckmänteln ist da unzweideutig für Rußland gearbeitet worden. Dmowski lebte meist in London; man behauptete, er könne sich dort freier bewegen als in Frankreich, das voll und ganz auf dem Grundsatze stand, die polnische Frage sei eine innere russische Angelegenheit. Nur die „Gazette de Lausanne“ vertrat die Ansicht, Frankreich wünsche Polens Unabhängigkeit; alle Beschwerden russischer Stellen wurden von den Franzosen mit dem Hinweis auf die „Unabhängigkeit der schweizerischen Presse“ abgewiesen. Freilich wußte man in der Schweiz, daß zwischen dem genannten Schweizer Blatt und dem Quai d'Orsay der Draht täglich arbeitete.

Wo Herrn Dmowskis Sympathien wirklich standen, mag aus folgendem hervorgehen: Vielleicht als Folge des Memorandums Dmowskis an Iswolski erschien eines Tages Herr Miljukow in Lausanne und hatte mit Piltz Verhandlungen über die Wünsche Polens gegenüber Rußland. Die Debatten im Hotel Gibbon führten zur Abfassung eines Dokumentes, das von beiden Unterhändlern gefertigt wurde und worin der russische und der russophil-polnische Standpunkt sich sehr näherten. Es ist nicht möglich, die Einzelheiten des Vertrages wiederzugeben, aber der Inhalt ist im wesentlichen richtig festgehalten, wenn man sagt, daß die Polen ein Verhältnis zu Rußland wünschten, wie es zwischen Norwegen und Schweden vor dem Bruche bestand, während Miljukow nur das Verhältnis Ungarns zu Österreich konzedieren zu können behauptete. Nur in diesen Grenzen bewegte sich noch die Differenz. Wenn man bedenkt, daß Erasmus Piltz von der Witosregierung als polnischer Gesandter in Prag, einem der für Polen wichtigsten Posten, bestätigt und wiederholt von den gewesenen Außenministern Seyda und Dmowski zu besonderen Verhandlungen mit Polens sicherstem Bundesgenossen Rumänien verwendet wurde, kann man nicht daran zweifeln, daß er auch in Lausanne im Sinne der Nationaldemokraten gearbeitet hat, so daß der Chef der polnischen Nationaldemokraten auch mit dem Lausanner Vertrag einverstanden gewesen sein muß. (?) Er wollte also damals trotz der von den Zentralmächten ausgesprochenen polnischen Unabhängigkeit Polen im russischen Staatsverbande erhalten.“

Die deutsche Stimme als Zünglein an der Wage.

Parlamentskrise in Serbien wegen des Fiume-Vertrages.

Das in Neusatz (Novisad) erscheinende „Deutsche Volksblatt“, das führende Organ der deutschen Minderheit im S. H. S.-Staate, erfährt am 9. d. M. aus Belgrad:

„Für die gestrige Sitzung des Ausschusses zur Beratung der Konvention mit Italien herrschte großes Interesse, da der deutsche Abgeordnetenklub erklärte, er werde sich in dieser Frage nicht festlegen, sondern der Sitzung fern bleiben, weil die Abtretung Fiumes von der kroatischen und slowenischen Bevölkerung als große Verletzung ihrer Rechte aufgefaßt wird und dagegen auf das schärfste protestiert. **Der deutsche Abgeordnetenklub wolle nicht einen unüberbrückbaren Gegensatz zu einem Teile des Staatsvolkes herbeiführen.**

Die Lage im Ausschusse war also die, daß der Entwurf mit den 10 Stimmen der Radikalen gegen die 10 Stimmen der Opposition gefallen wäre. Als der Ausschuß nach längerer Debatte, in die auch der Außenminister Dr. Nincic eingriff, zur Abstimmung schritt, ergab sich, daß die Radikalen 11 Stimmen hatten, weil sie für den Vertreter des deutschen Klubs ihren radikalen Ersatzmann gestellt hatten, und dies damit rechtfertigen wollen, daß die Deutschen mit ihnen eine gemeinsame Liste gehabt hätten.

Dieser Vorgang rief bei der Opposition und auch im deutschen Klub die schärfsten Proteste hervor. Da der deutsche Klub für die Wahl des Ausschusses eine selbständige Liste aufgestellt hatte, können die Radikalen unmöglich den Ersatzmann beistellen.

Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Radikalen die Opposition einfach überrumpeln wollten. Wegen dieses Vorganges, durch den die Regierungsmehrheit die Abstimmung vergewaltigte, herrscht große Erbitterung. Der deutsche Abgeordnetenklub richtete an den Präsidenten der Nationalversammlung einen Protest, in dem er energisch gegen die Beschränkung seiner Rechte eintritt. (Anm. der „Dt. Rdsch.“: Die serbischen Radikalen scheinen den polnischen Nationaldemokraten geistesverwandt zu sein.)

*

Die Solidarität der Minderheiten.

Wie der deutsche Klub im Belgrader Parlament seine Opposition begründet.

Der Berichterstatter des Belgrader „Obzor“ bekam vom deutschen Abgeordnetenklub in der serbischen Skuptschina in der Frage seiner Stellungnahme zum Vertrage mit Italien folgende Erklärung:

„Wir haben bisher keine Stellung zu staatsrechtlichen Fragen oder zur Feststellung der Grenzen unseres Staates genommen. Wir sind der Meinung, daß diese Fragen lediglich die Bevölkerung der Serben, Kroaten und Slowenen angehen. Bisher haben wir uns, wie gesagt, jeder Stellungnahme enthalten. **Unsere Anwesenheit im Ausschusse für die Konvention mit Italien in aktivem Sinne hätte die Abtretung Fiumes zur Folge gehabt, was unsere bisherigen guten Beziehungen zu den Kroaten trüben würde.**“

Auf die Frage, ob auf Betreiben der Radikalen eine Teilnahme des deutschen Klubs erfolgen könnte, erfolgte die Antwort: „Es besteht die feste Absicht, daß der Klub an den Beratungen des Ausschusses auf keinen Fall teilnimmt. Wenn wir die Annahme der Konvention schon nicht verhindern können, so wollen wir dazu auch nicht verhelfen.“

*

Der Einzug der Kroaten in die Skuptschina.

Die von Stefan Raditsch geführte Kroatische Bauernpartei, die bisher dem Belgrader Parlament, von dem sie eine weitgehende Autonomie verlangt, aus grundsätzlicher Opposition ferngeblieben war, hat jetzt beschlossen, zur Verhinderung der Ratifikation des serbisch-italienischen Vertrages über Fiume in die Skuptschina zurückzukehren. Sollte diese Rückkehr noch rechtzeitig erfolgen, so wäre nicht nur dieser Vertrag, sondern auch die derzeitige serbische Regierung der Radikalen erledigt, die dann durch eine Koalition der Kroaten, Slovenen und der serbischen Demokraten abgelöst würde. Der Kroatenführer Raditsch selbst, der den Schlüssel zu dieser katastrophenschwangeren Krise in Händen hält, weilt zurzeit in Wien. Es mag dahingestellt sein, ob er sich freiwillig oder unfreiwillig aus seiner kroatischen Heimat entfernt hat.

Republik Polen.

Empfänge beim Ministerpräsidenten.

Am 13. d. M. empfing der Premier Grabski die Abg. Zwierzynski (Nationaler Volksverband) und Łukasiewicz (Piastenpartei), ferner Kościałkowski (Wyzwolenie) sowie den Senator Krzyżanowski, die mit ihm über die Sicherheitsverhältnisse in den Ostwojewodschaften sprachen und ihm die Wünsche der Ortsbevölkerung in dieser Hinsicht mitteilten. Außerdem empfing er eine Delegation der Banken in den Personen des Senators Adam und Szarski, die in Bankangelegenheiten eine Konferenz hatten, und später die Abgeordneten der Polnischen Sozialistischen Partei Żuławski, Barlicki und Moraczewski.

Der neue Vorsitzende der Verfassungskommission des Sejm.

In der Sitzung der Verfassungskommission des Sejm vom 13. d. M. wurde zum Vorsitzenden dieser Kommission an Stelle des verstorbenen Abg. Lutosławski der Abg. Głąbiński (Nationale Volksvereinigung) gewählt.

Eine Teuerungszulage für die Senatoren.

Warschau, 13. Februar. (PAT.) Heute fand eine Sitzung des Seniorenkonvents des Senats statt, in der beschlossen wurde, daß sämtliche Senatoren eine Teuerungszulage von 32 Prozent in Goldbons beziehen sollen.

Ein Dementi Thugutts.

Warschau, 12. Februar. Von einigen polnischen Blättern wurde dieser Tage mitgeteilt, daß Ministerpräsident Grabski, da er zwei Ressorts zu leiten nicht in der Lage wäre, vom Ministerpräsidium zurücktreten werde. Sein Nachfolger würde voraussichtlich der Abg. Thugutt werden. Abg. Thugutt hat nun den Sejmberichterstattern erklärt, daß er über dieses Gerücht erstaunt sei und nichts von der Sache wisse. Er fügte hinzu, daß er in der heutigen Zeit eine Krise im Ministerpräsidium für außerordentlich schädlich halten würde.

Reise des Repräsentanten des Internationalen Arbeitsbureaus Thomas.

Die Ankunft des Repräsentanten des Internationalen Arbeitsbureaus Thomas in Polen wird am 20. d. M. erwartet. Er will die Art der Durchführung der internationalen Arbeitsverträge in Polen kennen lernen.

Vorbeugungsmaßnahmen vor der Krise in der Industrie.

Warschau, 14. Februar. (PAT.) Das Wirtschaftskomitee des Ministerrats beschloß, dem Finanzminister den Antrag zu unterbreiten, die Umsatzsteuer bis zu 1 Prozent von dem Export einiger industrieller Artikel zu ermäßigen und die Ausfuhrgebühren von Naphthaprodukten aufzuheben. Der Arbeitsminister soll veranlaßt werden, schleunigst im Sejm eine Änderung des Gesetzentwurfs einzubringen, nach welchem die Zahl der Feiertage auf acht verringert werden soll.

Deutsches Reich.

Das amtliche Wahlergebnis in Thüringen.

Nach den bis Mittwoch vorliegenden amtlichen Feststellungen des Abstimmungsergebnisses der Thüringer Landtagswahlen werden auf den Ordnungsbund 34, auf die Sozialdemokraten 16, auf die Kommunisten 13, auf die Deutsch-Völkischen 6 Landtagsabgeordnete entfallen. Einige Wahlresultate aus kleineren Orten stehen zurzeit noch aus.

Verläßt de Metz die Separatisten?

Aus Speyer wird der „D. A. Z.“ gemeldet:

In der Lage der Pfalz bereitet sich ein Umschwung vor. Verschiedene untrügerische Anzeichen deuten darauf hin, daß die Franzosen die Separatisten nun tatsächlich fallen lassen. Der französische Platzkommandant von Ludwigshafen hat die dortige Polizeidirektion aufgefordert, eine Liste der gesamten Polizeibeamten der Stadt einzureichen, da die städtische Polizei, die bekanntlich vor dem Einmarsch der Separatisten in Ludwigshafen von den Franzosen entwaffnet worden ist, wieder ihre Waffen zurückerhalten soll. In Kaiserslautern haben die Separatisten am Sonnabend selbst ihre separatistische Flagge eingezogen.

Der französische Bezirksdelegierte für die Pfalz, General de Metz, hat ausländischen Pressevertretern gegenüber die Erklärung abgegeben: „Die Separatisten-Herrschaft ist verurteilt!“ Auf die Frage der Pressevertreter antwortete General de Metz, eine stürzende Regierung werde nie eine Stimmenmehrheit erlangen. „Also ist die separatistische Regierung, wie sie jetzt besteht, eine Minderheitsregierung?“ **frugen die Pressevertreter, worauf General de Metz antwortete: „Ja, das stimmt.“**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 38.

Bromberg, Freitag den 15. Februar 1924.

Pommerellen.

14. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

e. **Das Stadtgut Boeslershöhe** hat im Laufe der letzten drei Jahre mehrere Pächter gehabt. Nicht lange nach der politischen Umgestaltung wurde dem letzten deutschen Pächter Goertz die Pachtung entzogen, weil er sich ein eigenes Gut im Kreise Strasburg gekauft hatte und das Gut durch einen Verwalter bewirtschaften ließ. Er hatte das Gut in hohe Kultur gebracht, so daß sein Nachfolger, der aus Kongreßpolen kam, schon nach kurzer Zeit sich auch ein Gut zu kaufen vermochte. Dieser trat die Pachtung an einen anderen Herrn aus Kongreßpolen ab, der über seine landwirtschaftliche Tüchtigkeit die geforderte Bescheinigung beibrachte. Die Erträge sind aber trotzdem sehr zurückgegangen. Er hat die Pachtung nun an einen Landwirt aus dem Kreise Schwetz abgetreten, der im hiesigen Landamt tätig war. *

A **Im Holzverkaufstermin** in der städtischen Forst Rudnick zahlte man für den Raummeter Kloben bereits 25 Millionen Mark. *

A **Ausholzung.** Ganz vorn im Stadtpark wird wieder ausgeholzt. In den letzten Jahren ist der Baumbestand schon recht fadenscheinig geworden. Auf dem nur trockenen, sandigen Boden wachsen etwaige Nachpflanzungen ziemlich langsam, zumal man auch im Sommer mit dem Gießwasser ziemlich sparsam ist. *

A **Weitere Preissenkung.** Die Waren fallen weiter im Preise. Zucker kostet bereits weniger als eine Million, und auch die meisten anderen Waren sind billiger geworden. Kohlen bietet man schon für 6 Millionen frei Haus an. Holz ist jedoch noch immer teuer. Es kostet bereits in manchen Forsten 35 Millionen pro Raummeter. *

A **Eingegangen** ist das in den Räumen des früheren Reichsautomaten im Voßschen Hause am Getreidemarkt eingerichtete Restaurant „Gastronomia", da die Unternehmer nicht auf ihre Rechnung kamen. In dem Lokal wird ein Modewarengeschäft errichtet werden. *

A **Ein bedauerlicher Unfall,** der zur Vorsicht mahnt, ereignete sich vor einigen Tagen, wobei der Sohn eines Handwerksmeisters zwei Finger verlor. Der Knabe wollte in der Werkstelle seines Vaters Holz hacken. Als er eine kleine Pause machte, wollte der Lehrling seines Vaters den Klotz spalten. Während er mit dem Beil zuschlug, faßte der Knabe zu und wollte das Holz fortgreifen. Der Zeigefinger und ein Teil des Mittelfingers der rechten Hand wurden dabei glatt abgehackt. *

A **Die Glätte der Bürgersteige** und die tiefen Schneegleise auf dem Fahrdamm haben manchen schweren Unfall zur Folge gehabt. Eine ältere Dame stürzte, als sie in das Gleis trat und brach den Arm. *

Thorn (Toruń).

‡ **Bevölkerungsbewegung.** Das Einwohnermeldeamt verzeichnete im Monat Januar 1924: 343 An- und 245 Abmeldungen, so daß ein Personenzuwachs von 98 Köpfen zu verzeichnen ist. **

‡ **Der Polizeibericht** vom Montag und Dienstag dieser Woche meldet sechs männliche und zwei weibliche Personen als verhaftet wegen Diebstahls. Angemeldet wurde der Diebstahl eines Drillings, Kaliber 16, sowie ein Schuh- und Lebensmitteldiebstahl im Werte von etwa 90 Millionen Mark in der ul. Piastowskiej (Wilhelmstr.); ferner wurden in einem Falle Brennmaterialien- und in zwei Fällen Garderobendiebstähle gemeldet. — Bei der Kriminalpolizei befindet sich eine goldene Damenuhr mit deutscher Inschrift, die dieser Tage einem Manne abgenommen wurde, der sie angeblich in der Nähe der Garnisonkirche gefunden haben will. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach aber um Diebsgut. **

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Am morgigen Freitag, um 7 Uhr, beginnt der „Bunte Abend" des Deutschen Frauenvereins zum Besten unserer Armen im „Deutschen Heim" Bei der herrschenden Not, die es zu lindern gilt, ist vollzähliges Erscheinen aller Kreise eine Ehrenpflicht. 1620 **

* **Culmsee (Chełmża),** 11. Februar. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Marktstandgelder auf dem Viehmarktplatze am Schlachthause bestätigt. Die Bemühungen der städtischen Körperschaften sind schon seit Jahren dahin gerichtet, eine Garnison nach Culmsee zu bekommen. Vorbedingung dafür ist jedoch die Bereitstellung von Unterkunftsmöglichkeiten. Im Prinzip stimmte die Stadtverordneten-Versammlung dem Magistratsantrag auf Errichtung einer Kaserne für militärische Zwecke und die Durchführung von Umbauten zu. Das Wassergeld wurde von 80 000 M. auf 325 000 M. pro Kubikmeter erhöht. — Einen breiten Raum der Beratungen nahm wieder die Frage der Arbeitslosen-Fürsorge ein.

Thorn.

Graudenz.

beschlossen wurde, eine Delegation nach Warschau zu entsenden, um dort bei den maßgebenden Stellen die Wünsche der Stadt zu unterbreiten.

h. **Górzno** (Kr. Strasburg), 12. Februar. Infolge Mangels an Brennmaterialien sind die hiesigen Schulen geschlossen worden. — Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Gastwirt St. Behrendt, hier am Markt, verübt. Die Täter entwendeten Getränke, Zigarren und dergl. mehr. — Das Angebot auf dem heutigen Wochenmarkte war geringer als auf den vorherigen. Butter hatte eine Preissteigerung erfahren und kostete 2 Millionen M. Eier behielten noch den alten Preis von 2,5 Millionen M. Von Geflügel konnte man haben Gänse zu 13—16, Puten zu 10 bis 14, Enten zu 4—7, Hühner zu 3—6 Millionen M. Bei den Fleischern kostete Schmalz 2,2, Speck 1,7, Schweinefleisch 1,1—1,5, Wurst 1,4—1,7 Millionen M. das Pfund. Große Nachfrage war heute nach Roggen. Der Zentner, der am Mittwoch und Donnerstag noch mit 6 Millionen M. gehandelt wurde, kostete heute 9—9,5 Millionen M. Ferner wurde gekauft Weizen zu 12, Erbsen zu 9, Hafer zu 9 und Gerste zu 8 Millionen M. der Zentner.

* **Karthaus** (Kartuzy), 12. Februar. In Sierakowitz im hiesigen Kreise ist man dabei, sechs Werkstätten zur Herstellung von Hausleinen aus selbstgezogenem Flachs einzurichten und damit eine uralte kassubische Volksindustrie wieder neu aufleben zu lassen.

dr. **Lautenburg** (Lidzbark), 11. Februar. Am Sonntag, 17. d. M., nach dem Gottesdienst ½12 Uhr ist eine Versammlung aller Evangelischen der Stadt zwecks Regelung der Kirchenbeiträge nach Roggenwährung. Am Sonntag darauf, 24. d. M., soll die Gemeindeversammlung für Stadt und Land stattfinden und Rechenschaft gegeben werden über den Stand der kirchlichen Lage. Nachmittags 3 Uhr an demselben Sonntag sammelt sich die ganze schulentlassene Jugend zu Spiel und Kurzweil.

dr. **Lautenburg** (Lidzbark), 12. Februar. Der evangelische Pfarrer hierzulande ist oft Pfadfinder und Pionier auf Neuland. Bei dem völligen Wechsel der Verhältnisse, bei der notwendigen Zusammenlegung mehrerer Gemeinden und dem Mangel an Hilfskräften gilt es, neue Mittel und Wege zu suchen, um dem bedeutsamen Amt des Seelsorgers und Volkserziehers gerecht zu werden. Der evangelische Religionsunterricht der einzelnen wenigen Kinder hier und dort auf dem Lande, weitab von Kirche und Pfarrhaus, ist in großer Notlage. In den einzelnen Ortschaften sollten Sonntagsschulgruppen einen gewissen Ersatz schaffen, und es haben sich denn auch hier im Kirchspiel einige junge Mädchen als Helferinnen gefunden. Schon haben die Kinder sich eifrigst betätigt hier am Ort wie auch in Langendorf. Es ist zu wünschen, daß die Eltern insgesamt dieser Arbeit an ihren Kindern Verständnis entgegenbringen und diese zur Sonntagsschule anhalten. Als Ersatz für den mit der Kündigung der deutschen Lehrerin hier ausgefallenen Religionsunterricht an der Stadtschule, hat der Ortspfarrer die religiöse Unterweisung der etwa 25 Kinder im Pfarrhause zweimal in der Woche übernommen. — Kindergottesdienst findet alle Sonntage nach Predigtgottesdiensten statt.

Die Aufwertung von Hypotheken.

In der „Deutsch. Allgem. Ztg." schreibt Rechtsanwalt Dr. Martin Lesser-Berlin:

Polen eilte mit der Entwertung seines Geldes Deutschland zunächst weit voran. Später hat sich das Bild freilich gedreht, denn die polnische Mark, wenn sie auch ständig fällt, beträgt zurzeit das Mehrtausendfache der deutschen Papiermark. Polen ist Deutschland aber auch in der Rechtsprechung bezüglich Berücksichtigung der Geldentwertung bei Rückzahlung von Hypotheken voran gewesen. Während in Deutschland erst durch das bekannte Urteil des Reichsgerichts vom 28. November 1923 die Aufwertung von Hypotheken zugelassen wurde, hat, wie schon vielfach hervorgehoben, das oberste Gericht in Warschau schon durch Entscheidung vom 26. 2 22 (abgedruckt „Juristische Wochenschrift" 1923, S. 332 ff.) dahin erkannt, daß die Geldentwertung bei Hypothekendarlehen berücksichtigt werden müsse, daß Rückzahlung zum Nominalbetrage des hingegebenen Geldes bei der damaligen Entwertung des polnischen Wertes nicht verlangt werden könne, daß vielmehr Aufwertung erfolgen müsse. Das Urteil betrifft einen Fall aus dem ehemalig russischen Teilgebiete, legt also den dort geltenden Code civil zugrunde, stützt sich aber naturgemäß auf Erwägungen so allgemeiner Art, daß diese auch für jedes andere Recht, insbesondere auch das deutsche, verwendbar und auch tatsächlich verwendet worden sind. Es handelt sich ja schließlich immer um dasselbe Grundsätzliche: Auf der einen Seite die nun einmal formell vorhandene Währung mit ihrer fingierten Beständigkeit der Währungseinheit, auf der anderen Seite die diesem formellen Rechtszustande widersprechenden tatsächlichen Verhältnisse, zufolge derer der Schuldner bei Zahlung im selben Nominalbetrag sich unglaublich bereichern und den Gläubiger unglaublich schädigen würde. Diese letztere Seite ist so bedeutsam, daß sie schließlich die formellen Erwägungen über den Haufen rennt bzw. daß sie neue formelle Erwägungen schafft und so auch die theoretische Begründung für das unvermeidliche praktische notwendige Ergebnis liefert. Später als in Polen hat sich die Rechtsprechung in Deutschland der Aufwertung der Hypotheken geneigt gezeigt. Die grundlegenden günstigen Entscheidungen des Oberlandesgerichts in Darmstadt datieren vom 29. 3. 23 („Juristische Wochenschrift" S. 459) und 18. 5. 23 (S. 522 ff.). Vom 16. 5. 23 datiert die ebenfalls günstige Entscheidung des Obergerichts in Danzig (S 691 ff.). Etwa in derselben Zeit, am 1. 5. 23. hatte sich aber das Kammergericht gegen die Aufwertung der Hypotheken (S. 693 ff.) ausgesprochen. Wie schon erwähnt, hat das Reichsgericht dann am 28. November 1923 gesprochen. Bei der ungeheuerlichen Geldentwertung, die eingetreten war und jede wirklich erhebliche Besserung der Mark doch schon infolge der Menge des ausgegebenen Papiergeldes ausschloß, war die Richtung der getroffenen Entscheidung unvermeidlich. Ebenso wie das Reichsgericht bei Verzug des Sachwerte schuldenden Schuldners den Gläubiger zwang, seine Leistung aufzuwerten (Entscheidung vom 6. 8. 23, „Juristische Wochenschrift" S. 803), wie es also hier den Satz „Mark gleich Mark" hat fallen lassen, ebenso verfuhr es auch bei der Frage der Aufwertung der Hypotheken.

Unter den geschilderten Umständen taucht die Frage auf, wie sich denn die polnische Rechtsprechung im ehemalig preußischen Teilgebiet verhält. Hier gilt doch noch grundsätzlich das deutsche Gesetzbuch, und was hier entschieden wird, hat doch, mag es auch in der Hauptsache auf allgemeinen Erwägungen beruhen, noch ein ganz anderes Interesse für den reichsdeutschen Juristen, als eine polnische Entscheidung aus dem Rechtsgebiet des Code civil. Es kann nun mitgeteilt werden, daß auch die polnische Praxis im ehemalig preußischen Teilgebiet sich der Aufwertung der Hypotheken geneigt zeigt. Erwähnt seien hier vor allem die Urteile der Bezirks-(Land-)gerichte Bromberg vom 31. 10. 22 und Konitz vom 27. 1 23. Beide Urteile weisen den auf Löschung klagenden Schuldner, der nur den Nominalbetrag zahlen will, mit seiner Klage ab. Beide Urteile halten die Berufung auf das bekannte polnische Landtagsgesetz vom 20. 11. 19, in dem für das preußische Teilgebiet die polnische Mark an Stelle der deutschen gesetzt wurde, für unzulässig. In diesem Gesetze handelt es sich nämlich um eine Unifizierung der Valuten aus fiskalischen Gründen, es werde aber keine Entscheidung gegeben, welches Quantum, sei es in deutscher oder polnischer Valuta, überhaupt zu zahlen sei. Beide Urteile führen aus, daß der Kläger die Herbeiführung eines Zustandes verlange, bei dem er einen ungerechten Gewinn auf Kosten des Gläubigers haben würde, und was dergleichen auch sonst in der Literatur angeführt worden ist. Das Konitzer Urteil berücksichtigt noch besonders die schlechten Verhältnisse der Gläubigerin, einer Witwe aus Tuchel. Wie auch im Urteil des obersten Gerichts in Warschau, so wird hier eine angemessene Aufwertung, nicht etwa eine solche nach dem Goldwerte, also Berücksichtigung der allgemeinen Lebensverhältnisse und außerdem der besonderen der Parteien, verlangt. Letzteres ist ja nun einmal bei allen Aufwertungsfragen unumgänglich, so unjuristisch es auch anmutet, da infolgedessen die Betrachtung eines einzelnen Rechtsgeschäftes für sich allein nicht möglich bleibt, vielmehr die gesamte Vermögenslage der Parteien für die Entscheidung heranzuziehen ist, was bei stabilen Verhältnissen jedes Recht soweit als möglich vermeidet.

Interessant ist auch die Erwägung im Bromberger Urteil, daß das in deutscher Goldwährung genommene Darlehn nicht jetzt in polnischer Währung „ohne gesetzlich festgesetzten Wert" zurückgegeben werden könne. Bekanntlich tragen die polnischen Geldscheine den Vermerk, daß der polnische Staat sich verpflichtet, in künftiger Währung gemäß dem Verhältnis zu zahlen, welches der gesetzgebende Landtag für die polnische Mark beschließt. Wenn auch auf dem deutschen Gelde ein solcher Vermerk nicht enthalten ist, so liegt doch tatsächlich die Sache dort ähnlich und dieser Gesichtspunkt muß auch zugunsten der Hypothekengläubiger verwendet werden.

Kleine Rundschau.

* **Wasser teurer als Wein.** Im „Neuen Wiener Tagblatt" wird eine Darstellung über den Bankerott der Budapester Kommunalverwaltung veröffentlicht, in dem die skandalöse Finanzwirtschaft der Stadt eingehend geschildert wird. Die Mißwirtschaft der Budapester Kommunalverwaltung habe die unglaubliche Tatsache zur Folge gehabt, daß durch die Kommunalsteuern das Wasser in Budapest teurer ist als der begehrte Ungarwein.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 14. Februar.

Anmeldung von Liquidationsschäden.

Das Deutsche Wiederaufbauministerium hat am 16. Januar d. J. eine Bekanntmachung erlassen, in der auf Grund des § 55 des Liquidationsschädengesetzes in der Fassung vom 20. 11. 1923 bestimmt wird, daß die Frist zur Anmeldung von Entschädigungsansprüchen auf Grund des Liquidationsschädengesetzes mit dem 31. März 1924 abläuft.

Schäden, deren Ersatz nicht bis zu diesem Zeitpunkt beantragt ist, werden nicht ersetzt, es sei denn, daß der Schaden erst später entstanden oder dem Betroffenen erst später bekannt geworden ist, oder daß der Geschädigte an der rechtzeitigen Anmeldung durch höhere Gewalt oder andere Umstände, die er nicht zu vertreten hat, verhindert war. Soweit hiernach eine Schadensanmeldung nach dem 31. März 1924 noch zulässig ist, hat sie binnen einer Ausschlußfrist von drei Monaten zu erfolgen, die mit dem Eintritt des Schadens oder der Kenntnis von dessen Eintritt oder dem Wegfall des Hindernisses zu laufen beginnt. Den Nachweis der Verhinderung und des Zeitpunktes ihres Wegfalles hat der Geschädigte zu führen.

Die Bekanntmachung betr. die Festsetzung von Ausschlußfristen für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen für abgelieferte Wertpapiere vom 10. Januar 1924 bleibt unberührt.

---

§ **In Sachen der Aufstellung der Bilanzen** hat die Großpolnische Finanzkammer in Posen auf ein Schreiben der Bromberger Handels- und Gewerbekammer vom 12. 1. 24 unter dem 5. d. M. folgende Auskunft erteilt: Gemäß § 40 des Handelsgesetzes soll die Bilanz den wirklichen Vermögensstand des Kaufmanns darstellen. Deshalb muß sie auch dem wirklichen Werte am Tage der Aufstellung der Bilanz entsprechen. Die Fakturenpreise können nicht zugrunde gelegt werden, da sie im Laufe des Jahres 1923 sehr beträchtlichen Änderungen unterlagen. Deshalb müßte bei der Aufstellung der Bilanz der Aktiengesellschaften in analoger Weise vorgegangen werden; denn nur eine Bilanz, die auch nach dem § 40 des Handelsgesetzes aufgestellt ist, kann als der Wirklichkeit entsprechend angesehen werden.

§ **Anweisungen für Eisenbahnreisen von Militärpersonen.** Die Militärbehörden haben erneut die Vorschrift in Erinnerung gebracht, die verbietet, daß Militärpersonen mit geladenen Feuerwaffen in die Eisenbahnwagen steigen, da dieses zu Unglücksfällen Anlaß gibt und im Widerspruch mit den Eisenbahnverkehrsvorschriften und Militärvorschriften steht. Ebenso müssen vor dem Betreten der Eisenbahnwagen aufgesetzte Bajonette von den Gewehren abgenommen werden. Dieses Verbot hat keine Anwendung für Eskorten von Arretierten, die ihre Waffe immer gebrauchsfertig, also geladen tragen sollen und daher Anspruch auf ein besonderes und freies Abteil haben. Alle anderen Militärpersonen haben in dieser Hinsicht den Anordnungen der Eisenbahnangestellten, da sie die Sicherheit des reisenden Publikums betreffen, unbedingt Folge zu leisten.

§ **Neue Haltestelle Pawłowko.** Wie uns die Eisenbahndirektion mitteilt, wird am 15. Februar d. J. die Haltestelle Pawłowko auf der Strecke Bromberg—Nakel, zwischen den Stationen Bromberg und Strelau, für den Personenverkehr eröffnet. Die Entfernung von Bromberg beträgt 10, von Strelau 4 Kilometer. Die Reisenden werden direkt nach Pawłowko und von dort nach Bromberg bzw. Strelau abgefertigt nach dem geltenden Personen- und Gepäcktarif. Die Züge 1041, 1042, 1043 und 1044 halten von diesem Tage an in Pawłowko etwa eine Minute. Zug 1041 fährt 6.22 früh, Zug 1043 2.47 nachm. nach Strelau ab, und Zug 1042 um 7.33 früh sowie Zug 1044 um 3.47 nachm. nach Bromberg ab. Der Fahrkartenverkauf findet in Pawłowko im Wärterhäuschen 81 statt.

§ **Die Bestimmungen über die Geldausfuhr nach dem Auslande** sind durch eine neue Verordnung des Finanzministers geändert worden, und zwar in einem Sinne, der eine Erleichterung für die Reisenden bedeutet. Bisher war bei Reisen ohne weiteres die Mitnahme von einer Million Polenmark und von ausländischen Valuten bis zur Höhe von 1000 Schweizer Franken gestattet. Die Geldentwertung der polnischen Mark hatte zur Folge, daß die Erlaubnis zur Mitnahm von 1 Million Polenmark jede praktische Bedeutung verlor. Durch die neue Verordnung wird nun bestimmt, daß ohne besondere Genehmigung fremde Valuten und polnische Mark bis zum Gegenwert von 1000 Złoty mitgeführt werden dürfen. Somit entfällt die Beschränkung der Mitnahme von Polenmark auf 1 Million. Nach Danzig darf man ohne weiteres den Gegenwert von 250 Złoty mitnehmen. Endlich dürfen auf sogenannte Grenzscheine auf einmal 100 Złoty, monatlich aber höchstens 500 Złoty mitgenommen werden. — Für alle höheren Beträge ist bis zur Höhe von 5000 Złoty die Genehmigung der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa und über 5000 Złoty die des Devisenkommissars bei der P. K. K. P. einzuholen, auf Grund eines schriftlichen Antrages, der mit Stempelmarke im Werte von 2 700 000 M. zu versehen ist.

§ **Personalausweis-Gebühr.** Das Innenministerium beauftragte die Wojewoden, das Entgelt für die Ausstellung des Personalausweises, das bisher 200 000 M. betrug, auf eine Million zu erhöhen.

§ **Verbandstag.** Der „Verband der Uhrmacher und Goldschmiede von Pommerellen“ hielt kürzlich in Bromberg eine Tagung ab, die vom Vorsitzenden Stuhldreer-Graudenz geleitet wurde. Infolge Beitritts der Fachgenossen aus Bromberg und dem Netzedistrikt wurde der Vereinsname wie folgt umgeändert: „Verband selbständiger Uhrmacher, Goldschmiede, Juweliere und Graveure Pommerellens und des Netzedistrikts.“ Ferner wurde bestimmt, daß auch nichtgelernte Uhrmacher und Juweliere, die ein offenes Geschäft in dieser Branche führen, dem Verbande angehören können, falls sie sich den Vorschriften der Statuten fügen. Ende April d. J. sollen die Vorstände der einzelnen Verbände von Pommerellen und dem Netzedistrikt, von Oberschlesien und Posen in Posen zusammenkommen, um einen Zentralverband für diese Bezirke mit dem Sitz in Posen zu gründen. Bei der Vorstandswahl wurden durch den Beitritt des Netzedistrikts folgende Mitglieder als Beisitzer in den Vorstand neu gewählt: Szczepański, Loerke und Gansen aus Bromberg, Degler-Gnesen, Sieg-Thorn. Der nächste Verbandstag wird auf allgemeinen Wunsch sämtlicher Anwesenden wieder in Bromberg stattfinden, voraussichtlich im Mai. Besprochen wurden im übrigen die Vermögens- sowie die Patent- und Luxuswarensteuer.

§ **Schadenfeuer.** In dem Hause Conradstraße (Ossolinskich) 10 entstand gestern vormittag zwischen 9 und 10 Uhr ein Bodenbrand, durch den auch der Dachstuhl erheblich beschädigt wurde. Über die Ursache wurde nichts Bestimmtes ermittelt, aber es wird angenommen, daß das Feuer durch einen schadhaften Schornstein oder Fahrlässigkeit entstanden ist. — Bei dieser Gelegenheit weisen wir auf Wunsch der Kriminalpolizei darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs das Betreten von Bodenräumen, Ställen usw. mit offenem Licht strafbar ist. Entsteht durch ein solches Vorgehen ein Brand, so kann die Strafe **wegen fahrlässiger Brandstiftung sehr schwer ausfallen.**

§ **Diebische Dienstmädchen.** Bei dem Kaufmann Tomaszewski, Hermann Frankestraße (Frankego) wurde ein Betrag von 50 Millionen Mark unterschlagen. Als Täterin wurde ein Dienstmädchen ermittelt. Im Hause Mittelstraße (Sienkiewicza) 5/6 wurde eine Quantität Wäsche gestohlen und als Diebin ebenfalls ein Dienstmädchen ermittelt. Beide Mädchen sind flüchtig geworden.

§ **Ein Wäschediebstahl** im Wert von 300 Millionen Mark wurde im Hause Dąbrowa 2 in Kl. Bartelsee (Małe Bartodzie) verübt.

§ **Festgenommen** wurden gestern fünf Personen wegen Diebstahls, fünf Sittendirnen und zwei Betrunkene.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

* * *

* **Inowrocław, 13. Februar.** Die Kreiskrankenkasse Inowrocław fordert ihre Mitglieder auf, Fälle von Arbeitsunfähigkeit, die infolge Erkrankung eingetreten sind, unverzüglich anzumelden. Sollte die Krankenkasse innerhalb zwei Tagen solche Anmeldung nicht erhalten, so hat das Kassenmitglied keinen Anspruch auf Geldbeihilfen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß Geldbeihilfen nur bei Vorlegung einer Bescheinigung des Arbeitgebers ausgezahlt werden, aus der hervorgeht, daß der Kranke während dieser Zeit keinerlei Tätigkeit bei ihm ausgeführt hat.

* **Lissa (Leszno), 12. Februar.** Das Restgut Zakowo im hiesigen Kreise besitzt einen prächtigen Park mit einem hundertjährigen Baumbestand von etwa 200 alten Bäumen. Der „Kurj. Pozn.“ kämpft nun gegen die rücksichtslose Geschäftsspekulation an, der die prächtige Anlage zum Opfer fallen soll. Der Vorbesitzer hat den Baumbestand auf dem Stamm verkauft und der Käufer besteht nun darauf, daß der Park der Axt zum Opfer falle und die Landschaft dieses herrlichen Schmuckes beraubt werde. Der derzeitige Besitzer, Herr Herbst, möchte dagegen die alten Bäume retten und kämpft gegen den Ankäufer, den Besitzer einer Holzbearbeitungsfabrik in Obornik, an. Die Angelegenheit soll zurzeit das Lissaer Gericht beschäftigen.

Aus dem Gerichtssaale.

*— **„Schnaps her oder ich fall um!“** Mit dieser Variation des alten Studentenliedes wollte der Arbeiter Max Wöllert, der sich vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen verschiedener Betrugsfälle im Rückfall, wegen Diebstahls, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung verantworten sollte und aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, nicht früher verhandeln, als bis er einen Schnaps erhalten hätte. Wöllert ist ein heruntergekommener Mensch und vielfach vorbestraft. Er nennt sich „Dr. inf. h. c. Wöllert“ und hat unter diesem Namen viele Betrügereien verübt, obwohl seine Sprachweise auf alles andere, als auf eine akademische Bildung schließen läßt, da er mir und mich ständig verwechselt. Als der vorsitzende Landgerichtsrat seine Vernehmung beginnen wollte, rief der Angeklagte: „Ick bin verhandlungsunfähig. Erst muß ick eenen Schnaps genehmigen.“ Als der Vorsitzende dem Manne gut zureden wollte, erwiderte Wöllert immer wieder: „Ick bin ein pathologischer Alkoholiker. Heute hat man mich erst zwee Morphiumspritzen gegeben, aber ick bin verhandlungsunfähig, wenn ick nich eenen Schnaps kriege.“ Als der Vorsitzende ihm erklärte, daß das Gericht doch auch ohne „Magenstärkung“ verhandeln müsse, meinte Wöllert gemütlich: „Dafor sind Sie ooch keen Säufer, Herr Rat.“ Der Angeklagte ließ nicht mit sich reden, und so brachte — um des lieben Friedens willen — ein Justizwachtmeister schließlich in einer Flasche den begehrten Labetrunk. Wöllert besah den Inhalt erst mißtrauisch, roch dann daran, und ein verklärendes Lächeln überzog sein Gesicht. Er setzte an, dem Gerichtshof freundlich-dankbar zutrinkend, und erklärte dann mit Kennermiene: „Een bisken wenig, aber sonst — knorke!“ Dann konnte man verhandeln. Der Angeklagte räumte alles willig ein. Das Gericht ließ Milde walten und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Handels-Rundschau.

Ermäßigung der Ausfuhrabgaben für polnisches Holz. Der seit einer geraumen Zeit beobachtete Stillstand im Holzexportgeschäft erklärt sich aus den hohen zu entrichtenden Ausfuhrabgaben und den seit Beginn des Jahres valorisierten Tarifen auf den polnischen Staatsbahnen. Die polnische Regierung beabsichtigt in beiden Richtungen Abhilfe zu schaffen. Die Frage der Ermäßigung der Eisenbahnfrachten soll durch Verschiebung von Holz und Holzmaterialien in die nächst niedrige Tarifklasse entschieden werden. Was die Ausfuhrabgaben angeht, so wäre zu berichten, daß der polnische Minister für Industrie und Handel eine Ermäßigung der Ausfuhrabgaben vorbereitet. Die Ermäßigung soll bis zu 50 Prozent der gegenwärtigen Sätze betragen, mit Ausnahme von Espenholz, für das die Sätze nach wie vor in derselben Höhe bestehen bleiben. Gewisse Änderungen sind auch bezüglich der Abgabepflicht der Devisen vorgesehen. Veränderungen dieser Art werden darauf hinausgehen, der P. K. K. P. größeres Privileg zu geben, an welche Stelle der Holzexporteur gebunden sein wird, bis zu 70 Prozent der aus dem Export erzielten Devisen zu überweisen.

Die Rechte von Devisenkommissionären in Polen sind auf Grund der schon erwähnten Verordnung an 139 Bankunternehmen erteilt worden. Zugelassen sind nur Unternehmen, deren Satzung mit der Verordnung vom 29. Oktober 1920 in Einklang steht und die Kreditinstitute sind.

Textilwarenpreise in Deutschland. Der „Kupiec“ bringt folgende Meldung: Die Preise in Polen haben längst die Goldpreise überschritten und Polen ist der Staat in der Welt, welcher die höchsten Preise besitzt. Deutschland, das von Polen noch vor vier Monaten sehr viel kaufte, so daß von einem Auskauf Polens gesprochen werden konnte, weil Polen so billige Textilwaren besaß, ist jetzt bedeutend billiger geworden. Es geht uns folgende Preistabelle zu, die die Waren in Goldmark bezeichnet. Danach kosten (1 Dollar = 4,20 Goldmark): 1 Damenhemd 5 Mark, 1 Batisttaschentuch 0,25, 1 Herrenoberhemd 7, 1 Meter Batist 0,85, 1 Herrenanzug (Kammgarn und reine Wolle) 100, 1 Velourulster 50, 1 Sportanzug (Cheviot) 42, 36 und 29, 1 Inlett (80 × 80) 3,50 Mark.

Geldmarkt.

Amtlicher Valorisationswert des Goldfranken für den 15. Februar: 1 800 000 Mp.

Die polnische Mark am 14. Februar. Danzig 0,628—0,632, Auszahlung Warschau 0,618—0,622; London, Auszahlung Warschau 38 000 000; Paris, Auszahlung Warschau 2,50; Wien 71—81; Prag, Auszahlung Warschau 3,45—4,25.

Warschauer Börse vom 13. Februar. Schecks und Umsätze: Belgien 364 750—362 700, Holland 3 500 000—3 480 000, London 40 420 000—39 850 000, Neuyork 9 350 000—9 300 000, Paris 424 800—422 500, Schweiz 1 627 000—1 618 250, Prag 267 500—266 000, Wien 131,50—131,00, Italien 408 750—406 500, Goldfrank 1 800 000. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 13. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 0,618 Geld, 0,622 Brief. Banknoten: 100 Rentenmark 132,418 Geld, 133,082 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,628 Geld, 0,632 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,7980 Geld, 5,8270 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 131,171 Geld, 131,829 Brief, Holland 100 Gulden 216,95 Geld, 218,05 Brief, Paris 100 Franken 26,38 Geld, 26,52 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 13. Februar		In Millionen 12. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1571063	1578937	1571063	1578937
Buen.-Air. Pes.	1404418	1411520	1396500	1403500
Belgien 1 Frcs.	163590	164410	167580	168420
Norwegen Kr.	564558	567415	564558	567415
Dänemark Kr.	663330	669670	674310	677619
Schweden Kr.	1101240	1106760	1101240	1106760
Finnland 1 Mk.	105735	106265	105735	106265
Italien 1 Lire	184538	185462	184538	185462
England Pf. St.	18054750	18145250	18054750	18145250
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
Frankreich Fr.	191520	192480	191520	192480
Schweiz 1 Frc.	729173	732827	729173	732827
Spanien 1 Pes.	533663	536337	533663	536377
Tokio 1 Yen	1895250	1904750	1895250	1904750
Rio de Jan. 1 Milreis	498750	501250	498750	501250
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.*	59.351	59.649	59.351	59.649
Prag 1 Krone	121695	122305	121695	122305
Budapest 1 Kr.*	147.630	148.370	147.630	148.370

* In tausend Reichsmark.

Züricher Börse vom 14. Februar. Neuyork $5{,}74^{5}/_{8}$, London $24{,}77^{1}/_{2}$, Paris 26,03, Wien 0,0081, Prag 16,68, Italien $25{,}07^{1}/_{2}$, Belgien 22,50, Holland $215{,}12^{1}/_{2}$, Berlin $1{,}31^{1}/_{4}$

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für Gold 2 179 000, Silber 870 000, 1 Dollar, große Scheine 9 245 000, kleine 9 151 500, Sterling 89 550 000, franz. Franken 418 000, Schweizer Franken 1 600 000, Złoty 1 400 000.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit v. 11. Febr. bis 13. Febr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) **Weizen** 26 000 000—32 000 000 M., **Roggen** 19 000 000—21 500 000 Mark, Futtergerste 18 000 000 bis —,— Mark, Braugerste 20 000 000—23 000 000, Felderbsen 17 000 000—24 000 000 Mark, Viktoriaerbsen 42 000 000—47 000 000 M., Hafer 21 000 000 bis 23 000 000 M., Fabrikkartoffeln —,— M., Heu, lose —,— Mark, do. gepr. —,— M., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) 53 000 000 bis 58 000 000 M., Roggenmehl 70% (inkl. Sack) 36 000 000—39 000 000 M., Weizenkleie 15 000 000 M., Roggenkleie 13 000 000 M.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. Februar. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen 28 000 000—33 000 000 M., **Roggen** 20 000 000—22 000 000 Mark, Gerste 19 000 000 M., Braugerste 21 000 000—23 000 000 Mark, Hafer 22 000 000—24 000 000 M., Roggenmehl 37 000 000—40 000 000 Mark, Weizenmehl 56 000 000—60 000 000 M. (inkl. Säcke), Roggenkleie 13 000 000 M., Weizenkleie 15 000 000 Mark, Fabrikkartoffeln —,— M., Peluschken 20 000 000—22 000 000 M., Serradella 15 000 000 bis 17 000 000 M., Wicken 18 000 000—20 000 000 M., Felderbsen 18 000 000—24 000 000 M., Viktoria-Erbsen 40 000 000—47 000 000 M., Roggenstroh, lose 2 800 000—3 200 000 M., do. gepr. 5 000 000 bis 6 000 000 Mark, Heu, lose 6 000 000—6 500 000 M., do. gepr. 10 500 000 bis 12 000 000 Mark.

Kleinere Umsätze. — Tendenz: nicht einheitlich.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 13. Februar. Der Markt blieb heute ohne Umsätze, so daß eine Notierung nicht erfolgte.

Berliner Produktenbericht vom 13. Februar. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kilo ab Station. Weizen märkischer 158—162, Tendenz beständig, Roggen märkischer 130—137, pommerscher 127—128, westpreußischer 126, schwächer, Braugerste 151—161, Futtergerste 135—142, ruhig, Hafer märkischer 103—109, pommerscher 100—105, ruhig, Weizenmehl für 100 Kg. $24^{3}/_{4}$—27, ruhig, Roggenmehl $21^{3}/_{4}$—$23^{3}/_{4}$, ruhig, Weizenkleie 8, stetig, Roggenkleie 6,60 bis 6,70, stetig, Raps 2,90—2,95, stetig, Leinsaat 4,20—4,40, stetig, Viktoriaerbsen 25—26, kleine Speiseerbsen 18—19,50, Futtererbsen 13 bis 15, Peluschken 13—14, Ackerbohnen 13—15, Wicken 13—15, blaue Lupinen 14—14,50, gelbe Lupinen 15—16, Serradelle 14—14,50, Rapskuchen 10—10,50, Leinkuchen 22—23, Trockenschnitzel prompt 7,80—7,90, Zuckerschnitzel 16, Torfmelasse 8, Kartoffelflocken 16.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 13. Februar. Preis für 1 Kg. in Goldmark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,10 bis 1,12, Originalhüttenweichblei 0,61—0,62, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,64—0,67, Remalted Plattenzink 0,54—0,56, Originalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2,10, do in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 2,20, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 5,00—5,10, Hüttenzinn (mind. 90 Prozent) 4,85 bis 4,95, Reinnickel (98—99 Prozent) 2,30—2,40, Antimon (Regulus) 0,74—0,76, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 92,50—93,50.

Holzmarkt.

Vom Warschauer Holzmarkt. Auf dem Holzmarkt herrscht weiterhin flaue Stimmung bei ungewöhnlich großem Angebot und begrenzter Nachfrage. Die allgemein schwer lastenden Wirtschaftsbedingungen, insbesondere der völlige Stillstand im Baugewerbe, die ungünstige Exportkonjunktur und das Fehlen von Krediten belasten jede Geschäftstätigkeit. Die letzten Preise loko Waggon Verladestation je Festmeter in Millionen PM. betragen für: kieferne beschnittene Zimmermannbretter von ¾" bis 2" stark 40—48 je nach Lage von der Hauptstadt, dieselben Bretter, Fichte, 8 Prozent billiger; kieferne unbeschnittene Tischlerbretter 60—62 und in Bezirken näher am Zentrum der Produktion 62—64, kieferne beschnittene holbzöllige Bretter für die Kistenfabrikation 48—50, kieferne engl. Bohlen (Exportware, Deals, Battens) 1/16/— bis 1/18/— Pfd Sterl. vorläufig bei kleinen Umsätzen, kiefernes Langholz von 25 Zentimeter Durchmesser 30—32, kiefernes Grubenholz in den normalen Abmessungen, geschält 16—17. Die allgemeine Tendenz ist flau.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 13. Februar. (Ohne Gewähr). Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Rinder: 1. Sorte 190 000 000 M., 2. Sorte 160 000 000—164 000 000 Mark, 3. Sorte 120 000 000—130 000 000 M. — **Kälber:** 1. Sorte 164 000 000 Mark, 2. Sorte 146 000 000—150 000 000 Mark, 3. Sorte 120 000 000—130 000 000 M. — **Schweine:** 1. Sorte 200 000 000 M., 2. Sorte 186 000 000—190 000 000 Mark, 3. Sorte 160 000 000 bis 170 000 000 Mark. — **Schafe:** 1. Sorte 140 000 000 M., 2. Sorte 126 000 000 M., 3. Sorte 90 000 000—100 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 42 Ochsen, 194 Bullen, 270 Kühe, 315 Kälber, 1904 Schweine, 278 Schafe. — Tendenz: ruhig.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 14.

Statt Karten.

Edmund Ruppenthal u. Frau Charlotte
geb. Ummerli
Vermählte.
Dom Mieszwin p. Złotniki — Gogolin. 1608

Am 12. Februar, abends 8 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante 5173

Frau Emma Schmidt
geb. Schubert
im Alter von 56¼ Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Martha Schmidt
Georg Schmidt.

Bromberg, den 15. 2. 1924.
Kirchenstr. 5.

Die Beerdigung findet Montag, den 18. Februar, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des alten ev. Friedhofes aus statt.

Ortsgruppe Bromberg.

Die Mitglieder der Begräbniskasse der **Ortsgruppe Bromberg** zahlen **ihre Anteile direkt an die Kassenverwaltung,** Wilhelmstr. (Jagiellońska) 14. 1269

Wenn Beiträge **nicht** bis **zum 15. Februar d. J.** bezahlt sind, werden die betreffenden Mitglieder **mittels Einschreiben auf deren Kosten nochmals** zur Zahlungsleistung aufgefordert. Erfolgt hierauf keine Begleichung, so wird das **Mitglied ohne weitere Benachrichtigung ausgeschlossen.**

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes deutscher Handwerker in Polen, E. V.

Offerieren zu Werkpreisen:

Prima Zement
Oppelner (Auslandsware)
Szczakow, Goleszow (Inlandsware)
Rohrgewebe
mit verzinkten Drähten 1613
Ia Bau-Stückkalk
u. sämtl. übr. Baumaterialien.
C. J. Targowski i Ska.,
Dworcowa 31a. Tel. 1273.

Bitte ausschneiden! Bitte ausschneiden!

Auskunft

und Rat in **allen** polizeilichen, Verwaltungs- und gerichtl. Sachen, Hypotheken- und Erbschaftsregulierungen, Paßsachen, Ansiedler- u. Staatsangehörigkeitsfragen, Gemeinde- und **Steuersachen** auf Grund langjährig. prakt. Erfahrungen. Anfertigung von Gesuchen, Beschwerden und Schriftstücken **jeglich. Art.** Anlegung und Prüfung **landw. u. kaufm. Bücher.** Inventuraufnahmen. Uebersetzungen: Polnisch in Deutsch und umgekehrt. 1109

Einziehung von Forderungen, Klage- und Streitsachen, Vertretung vor Gericht durch meinen Sozius, welcher polnischer Staatsbürger und poln. Nationalität ist.

Vertretung der Mieter bezw. Hausbesitzer in Klage- und Streitsachen vor dem Mieteinigungsamt.

Ausfüllung der Formulare für die Vermögenssteuer.

Droese, Kreissekretär a. D.,
Bydgoszcz, ul. Zduny (Töpferstr.) 7, I, r.
Sprechstunden: 9—12 und 2—4.

Zeitungs-Abonnements
für März
tätigen Sie gefl., um exakt bedient zu werden, bis spätest. 15. d. Mts. Zusendung per Post,
" " 20. d. Mts. Abholg. v. m. Filialen
im Hauptbüro 11906
C. B. „Expreß"
Jagiellońska 70. :: Tel. 665, 799, 800.

Geldmarkt

Beteiligung

mit 2—5 Milliarden poln. Mark sucht routin. Kaufmann, gleich welcher Branche, jedoch nur tätige! Offert. unt. 4439 an Annoncen-Expedition C. B. „Expreß", Bydgoszcz.

7800 Goldfrank (in poln. Währung)

als 1. Hypothek auf ein Niederungsgrundstück von 140 Morgen zur Auszahlung eines Erben nach Deutschland sofort ges. Off. unt. L. 24945 an Ann.-Expedition Wallis, Toruń. 1646

Pianos

liefert in vorzüglicher Ausführung zu Fabrikpreisen, auch auf Teilzahlung.

Beste, wertbeständige Kapitalsanlage!

B. Sommerfeld,
Piano- und Orgelfabrik,
Bydgoszcz, Sniadeckich 56.
Tel. 883. 1309

Oberschlesischen

Hütten-Koks 1263

in allen Sortierungen ab Werk und ab Bahnlager Bydgoszcz, liefern waggonweise sowie in kleineren Mengen, zu günstigen Preisen,

Schlaak & Dąbrowski,
Sp. z o. p.,
Tel. 1923. Marcinkowskiego 8a. Tel. 1923.

Wir geben aus unserer Vermehrungsstelle **Penner-Ließau a. d. W.,** (Freist. Danzig), ab: 1530

Original
Mahndorfer Hannagerste
hochertragreich, frühreif, beste Braugerste.
Stand bei langjährigen Anbauversuchen an hervorragender Stelle.

Selecta, Pflanzenzucht,
Langenstein, Kreis Halberstadt.

Heirat

Gebildetes Fräulein, ev., Dreißig., wünscht Herrenbekanntsch. zwck. **Heirat.** Offerten u. E. 5149 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Fräulein
27 J., ev., 5 Milliard. u. Ausst., wünscht die Bek. e. sol. Herrn zw. b. Heirat, a. l. Einh. in Landwirtsch. od. Gesch. Offert. erb. u. K. 1678 an die Gschst. dies. Ztg.

Offene Stellen

Lehrer, d. dtsch. u. franz. Spr. mächt., w. ges. Off. u. M. 5169 a. d. Gst. d. Z.

Suche von sofort oder später einen unverheir.

Rechnungsführer

der die deutsche und polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, firm im Lohn- und Krankenkassenwes. ist, bei vollem Familienanschluß. Gehalt nach Uebereinkunft.

Desgleich. suche einen unverheirateten

Gärtner

vertraut m. allen Zweigen des Gartenbaues.

Gehaltsforderungen u. Zeugnisabschriften sind einzusenden unter H. 1660 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Feldbeamten 1689
bevorz. beider Landessprachen mächtig, sucht von sofort oder 1. 4. 24
Majorat Orle,
Kreis Graudenz.

Vorwerksbeamten 1690
einfach, zuverlässig, bevorzugt beider Landessprachen mächtig, sucht von sofort od. 1. 4. 24
Majorat Orle,
Kreis Graudenz.

Suche per sofort oder später einen

Reisenden

möglichst branchekundig
Hurtownia Kapeluszy
Leo Kamnitzer
Dworcowa Nr. 92. 1701

Größtes Kaffee-Spezial-Geschäft am Platze
sucht baldmöglichst einen gewandten, tüchtigen

Verkäufer

welcher beider Landessprachen mächtig ist. Offerten unt. M. 5108 an die Gschst. d. Ztg.

Ordentliches, sauberes

Stubenmädchen

bei gutem Gehalt und voller Verpflegung von sofort gesucht. 1676
Twardowski Nachf., Długa 12.

Gutsschmied

verheiratet, mit eigen. Handwerkszeug und Burschen, der im Beschlag und Maschinenreparatur gute Zeugnisse aufweisen kann, zum 1. 4. gesucht. Desgleichen ein verh.

Gärtner

mit guten Zeugnissen und guten Erfahrung. in Obst- und Gemüsegarten, sowie Bienenwirtschaft zum 1. 4. gesucht. 1545
Gutsverwaltung Wielka Tymawa,
Post Piesewo,
pow. Grudziądz.

Müller 1633
(möglichst verheiratet) als Alleinig. von sofort gesucht. Bedingung poln. u. deusche Sprache und Kenntnisse von neuest. Mühlenbauerei Zeugnisse einsenden an
Jan Czajkowski.
Gruczno, pow. Swiecki.

Ein unverheir.
Gärtner
wird zum sofort. Antritt gesucht. 1698
Gut Stolno,
powiat Chełmno.

Mit kaufm. Bildung
Kriegsinvaliden
m. polnisch. u. deutsch. Sprache sucht sof. 5164
C. B. „Expreß",
ulica Jagiellońska 70.

Gespanne zum Holzfahren
gesucht. 1700
J. Lindenstrauß,
Dworcowa 63.
Tel. 124. Tel. 124.

Fräulein
poln.-deutsch in Wort u. Schrift für Leder-Galanterie ges. Off. u. D. 5148 a. d. Gsch. d. Ztg.

Eine Verkäuferin
ehrl., gew., poln. u. dtsch. spr., für Lebensmittelgeschäft von sofort ges. Off. erb. unt. M. 4973 an die Geschst. d. Ztg.

Lehrfräul.
von sofort gesucht. 1572
Kock & Söhne,
Gdańska 56.

Evangelisch. besseres
Mädchen
oder 1691
Fräulein
kinderlieb und zuverlässig, für meinen 2¾ Jahre alten Knaben zum 1. März 1924 oder später gesucht.
Lebenslauf mit Gehaltsansprüchen an
Frau Gutsbesitzer
E. Senckpiel, Lignowy,
bei Pelplin.

Aelter., bess., deutsch. **Fräulein** nach ausw. zu ein. Kinde ges. 5116
Lipschitz, Sniadeck. 31.

Suche zum 1. März anständiges, junges
Mädchen
vom Lande für alle Hausarbeiten. 1658
Molkerei Rąbczyn
(Bahnstation)
powiat Wągrowiec.

Suche zum sofortigen Antritt 1676
Wirtin
firm in ihrem Fach. Dienstkleidung, freies Stiefelbesohlen. Geh.-Anspr., Zeugnisabschr.
Frau Ilse Buettner,
Schönsee (Jeziorki-Kostowskie), poczta Nieżychowo,
pow. Wyrzysk.

Saubere Waschfrau sucht **Pod blankami 4,** part., rechts. 5180

Stellengesuche

Technischer Direktor

deutscher Nationalität, akademischer Ingenieur, seit 12 Jahren in großen Holzbearbeitungsbetrieben des In- und Auslandes in leitender Stellung erfolgreich tätig, mit jeder Art von moderner Holzbearbeitung mit Ausnahme d. Furniererzeugung gründlichst vertraut, Spezialist in Bau- u. Möbeltischlerei, Fabrikation von Stühlen, Kisten- u. Holzwolleerzeugung sow. aller Holzmassenartikel auf Automaten, firm in allen techn. und kommerziellen Agenden, evtl. mit erstkl. Personal, derzeit als Prokurist in größ. Betriebe in ungekündigter Stellung, sucht seinen Posten zu ändern. Gefl. Angeb. u. H. 1461 an die Geschäftsstelle dies. Ztg. erbeten.

Holzfachmann,

Deutscher, poln. Staatsbürger, mit 20jähr. Praxis, derzeit noch in ungekündigter leitender Stellung, durchaus selbständig i. Sägewerksbetriebe, Waldmanipulation, Ein- u. Verkauf, auch Zimmereifachmann, in allen vorkommenden technischen und kommerziellen Arbeiten vollkommen versiert, sucht sich zu verändern. Angebote unter J. 1462 an die Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Bau- u. Möbel-Architekt Maurermeister,
langj., selbst. u. vielseit. Berufstätigk., sucht Beschäftig. Gefl. Off. unter B. 5135 a. d. Gschst. d. Z.

Inspektor,
31 Jahr, ledig, beider Landessprach. mächtig, 2 Jahre auf 1800 Mg. gr. Gut als alleiniger Beamter in ungekünd. Stellung, sucht, um sich zu verbessern, anderweitig Stellung ab 1. 4. 24. Gute Zeugnisse vorh. Gefl. Offerten unter Z. 1583 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Brennereiverwalter
Anf. 40er Jah., 21 J. selbstg., verh., kinderl., erste Kraft, polnischer Staatsb., Fach- u. ldw. Schulbildg, mit Buchf., Rechgsf., Kassenwes., Gutsvorsts., Trockenof., Elektr., vertr., s. z. 1. 7. anderw., mögl. i. Gen.-Br., Lebensst. Gefl. Off. bis 15. 4. unt. N. 5125 an die Geschst. d. Bl.

Landwirtssohn,
ev., 23 J., in jed. Bezieh. zuverl., sucht, gestützt auf beste Empf., **Hofbeamtenstelle.** Vertrauenspost. erw. Gefl. Offerten unt. E. 5076 an die Geschäftsst. d. Z.

Junger besserer Mann sucht Stellung als
Kassierer
Beid. Landesspr. mächt. Zeugn. vorh. Off. unt. A. 5145 a. d. Geschst. d. Z.

Mühlenwerkführer
36 J. alt, ledig, d. dtsch., poln. u. franz. Spr. in W. u. Schr. mächtig, mit Büroarb. u. sämtl. Maschinen, elektr. Licht gut vertr. (ehem. Monteur der Firma Gebr. Sack), sucht als verh. od. unverh. entspr. Stellg. Off. sind zu richten u. L. 1679 an die Gst. d. Dt. Rdsch.

Ehepaar, kinderl., sucht **Portierstelle.** Off. u. J. 5161 a. d. Gst. d. Ztg.

Diener verh., sucht Lebensstellung z. 1. 4. evtl. fr. Off. u. Z. 5143 a. d. Gst. d. Ztg.

Buchhalterin
langj. Praxis, m. dopp. amerik. Buchf., sowie all. and. Büroarb. vertraut, sucht z. sof. od. 1. April Stellung. Off. u. H. 5017 a. d. Gst. d. Z.

Tücht. Wirtschaftsfräulein sucht Stellg. Zgn. vorhand. Offert. u. B. 5146 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Eine alleinst. Frau sucht Stellung als
Wirtin
in besserem Hause, am liebsten bei alleinsteh. Herrn. 5155
Zu erfragen
ul. Kordeckiego 30.

Suche von sofort od. 1. 3. Stellung als
Wirtschafterin
im frauenl. Haush., am liebst. auf einer Landwirtschaft, sehr wirtsch. u. arbeitsam. 5138
Frau E. Stonke,
Dabrowa Schule Abb.,
pow. Chełmno.

Pachtungen

Suche v. sof. i. Bydg. eine
Bäckerei
zu pachten. Offert. u. W. 5142 a. d. Gst. d. Ztg.

An- u. Verkäufe

Wollen Sie verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl., Herm.-Frankestr. 1a. Tel. 885 1298

Tausch od. Verkauf!
Mehrere Grundstücke sowie Gastwirtschaften in Pomorze sind zu verkaufen oder nach Deutschland zu vertauschen. 1659
W. Dirks,
Jaszcz bei Osie Pow. Swiecie (Schwetz).

Gut erhaltene
Westfälische Kochherde
mit Dreilochplatte, Bratofen, Wasserkasten, preiswert abzugeben. 1680
M. Rautenberg i Ska.,
Telefon 1430. Jagiellońska 11.

Verkaufe
Korbflaschen, ca. 60 St. v. 5-35 Ltr.
Kisten, größere, ca. 25 Stück,
alles in tadellosem Zustande,
Zuckersirup-Apparat mit 2 Einsätzen,
ca. 70 Ltr. Inh., fast neu, alles massiv Kupfer.
Wo? sagt die Geschäftsstelle dies. Zeitg. 5141

Suche 3000 Festmeter
Grubenholz
2—6 m lang und 10—18 cm stark, zur sofort. Lieferung. Offerten unt. O. 5172 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Hochtrag. Kuh
verk. Oehlmann, Wiąg, pow. Swiecki. 1688

Eine hochtrag. Kuh steht zum Verkauf bei
Richard Müller,
5136 **Płatnowo.**

Ein gut erhaltenes
Klavier zu kaufen gesucht.
Gefl. Offert. an Postfach 17 erbeten. 5154

Zahle die höchsten Preise
für **Klaviere, Flügel, Teppiche, sämtliche Möbel, türk. Tücher, Porzellan usw.** 4759
Bielke Sniadeckich (Elisbthst.) **39.**

1 gute Gitarre
zu kf. ges. Off. u. C. 5147 an die Gesch. dieser Z.

Günstigste Einkaufsquelle.
Auflege-Matratz.
Chaiselongues
Sofas 1504
Klubgarnituren
Stühle f. Speisez.
Stühle f. Küchen
Sessel
Wiener Stühle
Bocianowo 4
von 8½ bis 4½,
Sonnabends
von 8 bis 3.
Für Wiederverkäuf. spezielle Preise.

Eich. Schlafzimmer
Spinde, Tische, Stühle, Bettstell. mit Spir. u. Küchen f. zu verkf. 5151
Schmidt, Długosza 8.

3 guterhaltene
Anzüge
preiswert zu verkauf. Händler ausgeschloss.
Dworcowa 52. 1699

Verkaufe preiswert:
1 Motorrad
N. S. U., 1½ P. S.,
1 Motordreirad
3½ P. S., Fabr. Dion-Boston,
1 Schuhmacherarmmaschine (Singer),
1 Photorollfilmapp. (Kodak),
1 Photoapparat
9 × 12,
1 Autoschlauch
935 × 135, fast neu,
1 Autoschlauch
820 × 120, fast neu.
Off. bitte zu richten an
B. Roszkowski,
Jabłonowo, Pomorze.
Telefon 60. 1597

Rund. Tisch (Eiche) neu, billig zu vk. Chwytowo (Brunnenstr.) 15, Tischl.

Eine einfache **Wanduhr**
und verschied. andere Gegenstände bill. z. vrk.
E. Jänsch, Gamma 4,
3 Tr., links. 5153

National-Kasse
kaufe, beide Nummern u. Preisangabe. 5094
Carl Nordmann,
Bydgoszcz Gdańska 6.

1spännigen
Arbeitswagen
2 Fahrräder u. Nähmaschine sucht z. kauf. oder gegen **Kohlen und Kartoffeln** zu tauschen. Offerten u. L. 5163 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Zu kaufen gesucht
mittelschweres
Sägegatter.
Offerten mit Preisangabe erb. an 1692
Gutsverw. Milewo,
Post Twarda góra,
pow. Świecie, Pom.

Feldschmiede
u. 2 Wagenachsen, 50 kg schwer, hat z. verk. Wo? sagt d. Gschst. d. Z. 5144

Zeitungspapier
kauft ständig 1223
F. Kreski, Bydgoszcz.

Wohnungen

Wohnung gesucht
in bess. Hause hochp., evtl. 1. Etg., 4-5-6 Zim. nebst Zubeh., Zentr. d. Stdt., unw. d. Straßb., Möbel-Uebern. n. ausgeschlossen. Ausführl. Offert. unter F. 5077 an die Geschäftsst. d. Z.

Ein- oder Zweizim.-Wohnung
mit Küche von sofort oder später gegen Vereinbarung ges. Evtl. werd. a. Möbel übern. Off. u. G. 5158 a. G. d. Z.

Kinderloses Ehepaar (Beamt.) sucht **Stube u. Küche** evtl. Stube mit Kochgel. Off. u. H. 5159 an die Geschäftsst. d. Z.

Suche Laden mit Wohnung
u. evtl. Stallg., passd. für Fleischereigeschäft. Offerten erbeten unter T. 5131 a. d. Gst. d. Z.

Sehr wichtig für Mieter und Vermieter. Vertretungen vor dem Urząd Rozjemczy dla spraw najmu übernimmt Büro „WAP", Gdańska 162, 2. Etg. 1291

Möbl. Zimmer

2 selbständige Kaufleute
suchen per sofort gut
möbliertes Zimmer
Offerten unter F. 5150 an die Gesch. d. Zeit.

Berufsdame sucht v. sof. möbl. Wohn- u. Schlafzimmer. Offert. unter L. 5089 an die Gst. d. Z.

Intellig. Kaufm., 30er, sucht ungeniertes
möbl. Zim.
Offerten erbitte unter N. 5109 an die Gst. d. Z.

Kl. möbl. Zim. m. Ztrlhz. s. z. v. **Paderewsk. 7, p. l.**

1 gt. möbl. Zimmer
f. einen bess. Herrn sof. ges. Angeb. u. U. 5133 an die Gschst. dies. Ztg.

Schön möbl. **Balkonzimm.**
an junge Dame zu vermiet. Zu erfrag. in der Geschst. d. Ztg. 5044

1 möbl. Zim. z. vm. Zu erfr. i. d. Gst. d. Z. 5140